

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

8 XXIV/118

Bonn, den 26. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|---|---------------|
| 1 - 2 | <u>Keine treibende Kraft</u> Kommentar-Nachlese zum Nürnberger PDP-Parteitag Von Dr. E. Eckert | 53 |
| 3 - 3a | <u>Eine solide Arbeit</u> Zur Verabschiedung des neuen Haushaltsgrundsätze-Gesetzes Von Heinz Westphal, MdB | 137 |
| 4 | <u>Ohne Dogmen und ideologische Barrieren</u> Junge Europäer aus Ost- und West fordern Sicherheitskonferenz Eine interessante Konferenz in Bukarest | 41 |

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Wir stellen vor: Unsere Bundestagsabgeordnete Brigitte Freyh

Annemarie Renger schlägt vor:

Louise-Schroeder-Fonds für Entwicklungshilfe

Seit 1968: Jeder dritte Führerscheininhaber - keine Frau

Kurzmeldung

Internationale Frauentagung bei der UNESCO vom 30.6. - 4.7.1969

Keine treibende Kraft

Kommentar-Nachlese zum Nürnberger FDP-Parteitag

Von Dr. E. Eckert

Der hochkothurnige Anspruch der FDP, eine "treibende Kraft" zu sein, wird weder durch ihre Wahlplattform noch durch Ablauf und Ergebnis ihres Nürnberger Bundeskongresses bestätigt. Es ist nichts an Gewicht zu finden, was wirklich entscheidend über das bundesrepublikanische Heute hinausweist oder gar hinausführen könnte. Diese Feststellungen ergeben sich aus einer nüchtern-objektiven Beurteilung des Kongresses und der Plattform dieser im ganzen sympathischen Partei, die sich in einer Zeit des ständigen Umbruchs und der Umwertung so vieler Werte furchtbar schwer tut, "am Mann" bleiben zu können. Das ist ganz buchstäblich gemeint, denn durch die Gesamtargumentation der Freidemokraten läuft wie ein roter oder, nach der Parteifarbenumfunktionierung, auch silberner Faden der trotzigste Anspruch, sozusagen allein noch die Rechte des Individuums, des freien und mündigen Bürgers zu vertreten und zu verteidigen.

Dieses selbstgestrickte Monopol ist aber genauso unhaltbar wie der emotionelle Wahlkampfslogan des stellvertretenden Parteivorsitzenden Hans Dieter Genscher, die FDP wäre "profilierter, kraftvoller und kämpferischer" als die anderen Parteien. Nach Nürnberg wäre man froh, sagen zu können, daß die FDP profiliert, kraftvoll und kämpferisch wäre.

Dieser Parteikongreß in der Meistersingerhalle verfehlte den genius loci: Hier sangen keine Meister. Und die einzig wirklich treibende Kraft von Nürnberg, die zornigen jungen Männer, über die verfügen andere Parteien auch, und das zur Genüge.

Nürnberg hat der FDP zudem manchen unnötigen Ballast zusätzlich aufgeladen. Sie hat ihren Kongreß zwar in einem mühseligen Balance-Akt zwischen den Konservativen und den Radikalen einigermaßen glimpflich durchgestanden. Aber die vom Wahlkampf diktierte und von Prof. Dr. Dahrendorf so wohltuend-offen angesprochene Sorge der entgültigen Entscheidungen vor dem 28. September muß ihren Termin allmählich zum Trauma einer Partei machen, deren vielgestaltige Glieder nur noch den vieldeutigen Oberbegriff "liberal" als gemeinsames Gut kennen. Was immer der 28. September ihr auch bringen mag, Niederlage oder Erhaltung des Status quo - von "Sieg" zu reden: das wäre höhnische Euphorie. Die FDP steht am Morgen

des 29. September am Beginn einer Zerreißprobe sondergleichen. Es sind ja keineswegs nur die außen- und deutschlandpolitischen Probleme, die bis zur vollen Diskrepanz kontrovers sind und über kurz oder lang zum Schwur zwingen. Da gibt es vor allem auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Spitzenfragen, die Gräben in der FDP aufreißen und die in Nürnberg, *horribile dictu*, ganz nach dem verteuflerten Große-Koalition- oder Kiesinger-Stil einfach ausgeklammert worden sind. Und außerdem: Das größte Dilemma liegt in dem Fakt, daß es sich ganz und gar nicht nur um einen Generationengegensatz zwischen Jung- und Altdemokraten handelt, wie manche Beobachter allzu vereinfachend berichten.

Der Gegensatz läuft kreuz und quer durch die ganze Partei, und der billige Hohn, mit dem manche Politiker die Sozialdemokraten etwa die "Rebellen" von Südhessen oder Schleswig-Holstein als Klotz ans Bein hängen wollen, schlägt lautkrachend zurück: In Nürnberg rebellierten außer den Jungdemokraten die Hamburger und Berliner.

Die Liberalen sind eine sympathische Partei. Liberale sind immer sympathisch; nicht nur im Vergleich mit den Konservativen. Aber von Sympathie allein kann keine Partei leben. Sie muß nicht "profilierter" sein wollen, sondern Profil haben, nicht "kraftvoller" sein wollen, sondern Kraft haben, und nicht "kämpferischer" sein wollen, sondern kämpfen. Von alledem war in Nürnberg leider nicht genügend zu sehen und zu hören.

+ + +
Eine solide Arbeit

Zur Veranschiedung des neuen Haushaltsgrundsätze-Gesetzes

Von Heinz Westphal, MdB

Eine "stille Reform" könnte man das umfassende Gesetzgebungswerk bezeichnen, das der Bundestag am Donnerstag verabschiedete: Das Haushaltsgrundsätze-Gesetz, welches für Bund und Länder gleichermaßen gilt, und die Bundeshaushaltsordnung, mit der die fast fünfzigjährige RHO abgelöst und durch ein modernes Instrumentarium zur Beeinflussung des Hauswirtschaftlichen und haushaltspolitischen Kreislaufes von der Aufstellung über den Vollzug, die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung bis zur Entlastung ersetzt.

Für die Sozialdemokraten stand dabei im Vordergrund, das Haushaltsrecht so zu gestalten, daß es der neuen ökonomisch bestimmten Aufgabe des Budgets gerecht werden kann. Dies gelang im wesentlichen. Gegen doch

recht konservative Auffassungen bei der CDU/CSU wurde im federführenden Haushaltsausschuß erreicht, daß der Etat in Zukunft als gewichtiges Mittel sowohl der konjunkturpolitisch als auch der mittelfristigen Wirtschafts- und Finanzpolitik verwendet werden kann und bei der Herstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hilft. Antizyklische Finanzpolitik ist nur dann möglich, wenn man sich von dem starren fiskalischen "Ein-Jahres-Denken" löst. Dies hat seinen Ausdruck gefunden sowohl bei der Möglichkeit, Mehrjahreshaushalte zu verabschieden und die Verpflichtungsermächtigungen bezogen auf die künftigen Jahre im Etat anzubringen, als auch bei der offeneren Gestaltung der Kreditwirtschaft im Budget: Kreditfinanzierung des Etats im Normalfall bis zur Höhe der Investitionsausgaben; keine objektivgebundene, sondern situationsbedingte Kreditfinanzierung; Nettoveranschlagung der Kreditaufnahme, um die Beanspruchung des Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand mit einem Blick erkennbar zu machen, ohne allerdings die Tilgungsleistungen und die Neuverschuldung zu vertuschen; schließlich auch die situationsbedingte Form der Deckung von Fehlbeträgen vergangener Haushaltsjahre.

Da im Zuge der Ausdehnung der gesamtwirtschaftlichen Funktionen des Budget die Vollmachten der Regierung beim Vollzug des Haushalts beachtlich wachsen und die Vorfestlegungen durch Absprachen mit den Ländern, durch die Finanzplanung und durch Schnellverfahren bei Konjunkturprogrammen die parlamentarischen Einflußmöglichkeiten eingegrenzt werden, war es erforderlich, dieser notwendigen Entwicklung eine andere Tendenz zur Stärkung der Parlamentsposition entgegenzusetzen. Dies geschah durch den kräftigen Ausbau der Informationsrechte des Bundestages, durch bessere Kontrollmöglichkeiten, durch die Verstärkung der Funktionen der Rechnungsprüfung und des Rechnungshofes sowie durch eine Aktualisierung und Politisierung der Beratungen über den Haushaltsplan und seine Nachträge. Der Bundestag kann Alternativrechnungen zur Finanzplanung verlangen. Die Investitionsschwerpunkte der Finanzplanung müssen ihm erläutert und begründet werden; die Investitionsprogramme sind ihm als Unterlagen zuzustellen. Die Regierung muß der Jahresrechnung einen Abschlußbericht beifügen, der parallel zum Finanzbericht bei der Einbringung des Statentwurfs zu geben ist. Auch erhebliche Veränderungen der Haushaltsentwicklung müssen dem Parlament mit ihren langfristigen Wirkungen mitgeteilt werden.

Da die Bundesregierung den Entwurf eines Organisationsgesetzes für den Bundesrechnungshof nicht mehr vorgelegt hat, brachte die SPD-Fraktion eine Novelle zum bestehenden Recht ein. Abgezielt wird auf das Heranholen des Rechnungshofes an das Parlament. Er soll keine "Vierte Gewalt" werden, wohl aber ein Hilfsorgan für Parlament und Regierung gleichermaßen. Der Präsident des Bundesrechnungshofes soll deshalb vom Bundestag gewählt werden, er soll auch Anforderung Gutachten erstatten (also nicht nur nach eigenem Ermessen), und er soll vor dem Bundestag berichten bzw. zu Prüfungsergebnissen Stellung nehmen. Es ist bedauerlich, daß die in der Reform erzielten Verbesserungen für eine zeitnahe Prüfung und Berichterstattung nicht durch Annahme dieser Vorschläge gekrönt wurden.

Mit der Feststellung, daß die erste Lesung eines Haushaltsplan-

Entwurfs in der ersten Sitzungswoche nach dem 1. September erfolgen soll, leistet der Haushaltsausschuß einen beachtlichen Beitrag zur Parlamentsreform. Dadurch soll am Beginn der Winterarbeit des Bundestages ein politischer Schwerpunkt gesetzt werden. Darin steckt aber auch die Verwirklichung des Gedankens, den Stil des britischen "Budget-day" in einer modernisierten Form auf unser Land zu übertragen. Die schon im Grundgesetz verankerte gleichzeitige Vorlage des Statentwurfs bei Bundesrat und Bundestag soll ihre Ergänzung finden in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser bei der Einbringungsrede des Bundesfinanzministers und der darauf folgenden ersten Beratung. In ihr können dann nicht nur die Fraktionen des Bundestages mitwirken, sondern auch die Vertreter der Länder können ihre Wünsche an den Bundeshaushalt und die fortgeschriebene Finanzplanung vortragen, noch bevor sich der Bundesrat unter Nutzung seiner 6-Wochen-Frist auf eine gemeinsame oder mehrheitliche Stellungnahme festlegt. Schließlich soll erreicht werden, daß die Haushaltsrede vor dem Parlament die erste öffentliche Kommentierung des Budget-Entwurfs darstellt. Der Bundestag muß der Ort werden, an dem die Regierung sich zur Ausgaben- und Einnahmen-Politik äußert. Der Inhalt des Statenturfs darf nicht schon vorher an den verschiedensten Stellen außerhalb des Parlaments verredet werden.

Die Haushaltsrechtsreform bringt auch eine saubere Scheidung der Zuständigkeiten zwischen Regierung und Bundestag. Die bisherigen Eingriffe des Haushaltsausschusses in den Haushaltsvollzug können entfallen, nachdem einerseits das Nachtragshaushaltsverfahren beschleunigt und vereinfacht wurde und andererseits der Regierung wesentliche Möglichkeiten der Veränderung des Haushaltsplanes genommen sind, so z.B. durch enge Begrenzung der außer- und überplanmäßigen Ausgaben, durch Wegfall von Planstellenforderung außerhalb des Haushaltsplanes bzw. nachtrags und durch Streichung von bisherigen Umschichtungsmöglichkeiten.

Der schon vor längerer Zeit eingebrachte SPD-Antrag zur Errichtung eines Finanzplanungsrates findet durch die Haushaltsrechtsreform seine Erfüllung. Der schon tätige Rat wird institutionalisiert und erhält eine klare Umschreibung seiner Funktionen, zu denen auch die Festlegung von Schwerpunkten bei Bund und Ländern für eine den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Erfüllung öffentlicher Ausgaben gehört. Darüber hinaus wird im Haushaltsgrundsätze-Gesetz gemeinsam für Bund und Länder das Verfahren der Finanzplanung geregelt. Der Versuch der CDU/CSU, in diesem Zusammenhang auf kaltem Wege das Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft auszuhöhlen, konnte abgewehrt werden.

Wertet man das Ganze, wird man ohne Umschweife sagen können: Hier ist gute solide Arbeit geleistet worden. Die Haushaltsrechtsreform kann sich sehen lassen. Sie wird dem Staatsbürger auf stille Weise nützen bei einer sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung seiner Steuergelder.

Ohne Dogmen und ideologische Barrieren

Junge Europäer aus Ost und West fordern Sicherheitskonferenz Eine interessante Konferenz in Bukarest

sp - In der rumänischen Hauptstadt Bukarest hat in der vergangenen Woche eine Konferenz junger Europäer stattgefunden, die größtes Interesse verdient. Es geht hierbei um die europäische Sicherheit, ein Problem, über das die Delegierten von etwa 60 Organisationen aus ganz Europa diskutierten. Darunter befanden sich auch Abordnungen kommunistischer, sozialdemokratischer, christdemokratischer und liberaler Gruppierungen aus Ost und West. In gewissem Sinne war diese Konferenz ein Vorläufer der ebenfalls in diesen Tagen in Bukarest von der rumänischen Gesellschaft für internationales Recht stattfindenden Kolloquiums mit dem gleichen Thema. Bei diesem Kolloquium werden sogar Delegierte aus der Sowjetunion und Albanien zusammentreffen.

Das offizielle Rumänien begleitet beide Konferenzen mit Aufmerksamkeit und Sympathie. So hat z.B. der rumänische Staatsratsvorsitzende Ceausescu der Jugendkonferenz eine Grußbotschaft geschickt, in der unter anderem die Hoffnung ausgesprochen wird, "daß alle fremden Truppen, die in fremden Ländern stationiert sind, bald abgezogen werden".

Die Jugendkonferenz hat sich in einer Entschließung für ein Europa ausgesprochen, "in dem die Freiheit und die Kultur jeder Nation respektiert wird und die Anwendung von Gewalt sowie die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder beseitigt werden sollen zugunsten der Gleichheit des Rechts und des gegenseitigen Respekts vor der Souveränität anderer Staaten".

Die sowjetischen und die tschechoslowakischen Delegierten haben dieser Erklärung ebenfalls zugestimmt. Von Konferenzteilnehmern war zu hören, daß zahlreiche Diskussionsredner sehr unterschiedlicher politischer und landmannschaftlicher Herkunft trotz gewisser Vorbehalte in den meisten Fällen jedoch zu übereinstimmenden Urteilen über die Situation in Europa gelangten. Uneingeschränkt wurde die Forderung nach Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz erhoben, an der alle europäischen Staaten teilnehmen sollten. Die Heranziehung aussereuropäischer Staaten wurde in jenen Fällen befürwortet, in denen die betreffenden Staaten Truppen auf europäischen Boden stehen haben.

Als hervorragendes Merkmal der Jugendkonferenz wurde der Pragmatismus und die meist jenseits aller Dogmen geführte Diskussion bezeichnet. Mehr als einmal wurde von Diskussionsrednern aller Gruppierungen betont, daß die seit dem Zweiten Weltkrieg auch in Europa auf der Grundlage ideologischer Barrieren entwickelte Politik längst ihren Sinn verloren habe und den Völkern astronomische Summen koste, die für friedliche und dem Fortschritt dienende Zwecke angewandt werden sollten.